



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/XI/246 - 24. Oktober 1956

Hinweise
auf den Inhalt:

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 2 18 31-33
Fernschreiber 0 888 690

Die nächsten Schritte nach der russischen Antwort	S. 1
Streit um den "gemeinsamen Markt"	S. 3
Um die Parteienfinanzierung / Ein Initiativgesetz der SPD	S. 5
Die Folgen des KP-Verbots	S. 7

Kurz vor dem Eintreffen Smirnows...

PR. Der Weg zur Wiederherstellung der deutschen Einheit ist einem unerhört schwierigen und langwierigen Prozess vergleichbar. Wenn man davon ausgeht, ist auch die letzte Note aus Moskau, so hart sie stellenweise formuliert ist, nichts anderes als ein neuer Schriftsatz mit kritischen Feststellungen oder, wenn man will, Beschuldigungen des Prozessgegners, aber auch mit Hinweisen, wie man das Verfahren in Gang halten könnte. Vor allem an dieser letzten Teil der Note, der von der Notwendigkeit verbesserter Beziehungen zwischen der Sowjetunion und der Bundesrepublik handelt, sollte man sich halten.

Die Sowjets verlangen in dieser Hinsicht zunächst "guten Willen von beiden Seiten und geduldige Bemühungen zur Erreichung des notwendigen gegenseitigen Verständnisses, sowie einer allgemeinen Verbesserung der Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und der Sowjetunion." Dann werden konkrete Punkte ausgesprochen: die Vereinbarungen von Moskau vom September vorigen Jahres, die nicht eingehalten worden sind; die Entwicklung des Handels und der Beziehungen auf dem Gebiete der Kultur, der Wissenschaft und der Technik. Im Zusammenhang mit alledem hält die sowjetische Regierung "einen weiteren Meinungsaustausch für wünschenswert".

Sehr bald wird nun der neue sowjetische Botschafter bei der Bundesregierung, Smirnow, in Bonn erwartet. Dann sollte mit äußerster Anstrengung ein neuer Versuch gemacht werden, das versandte Gespräch zwischen den beiden Regierungen wieder in Gang zu bringen, das das A und O aller Bemühungen um die Wiedervereinigung ist.

Natürlich wird man es nicht ausschliesslich auf der Basis - 2 -

der Vorstellungen führen dürfen, die den Westen als Wunschbild vor-schweben. Das wird besonders klar, wenn man sich den übrigen Teil der Note genauer ansieht. Er besteht aus zwei Hauptstücken: der kritischen Auseinandersetzung mit der Militärpolitik der Bundesregierung und dem an diese gerichteten Verlangen, die DDR zunächst einmal ^{als} Gegebenheit anzuerkennen. In diesem Fall bietet sich Moskau als Mittler an, wobei angeregt wird, dass auch die drei West Mächte bei der Verwirklichung einer Annäherung zwischen der Bundesregierung und der DDR mitwirken sollten. Damit wird unmittelbar zugegeben, dass die eigentliche Entscheidung eben doch bei den Grossmächten liegt.

Den breitesten Raum in der russischen Darstellung nimmt die Polemik mit der NATO-Politik der Bundesregierung ein. Die Sowjetunion habe seinerzeit vor den Abschluss der Pariser Verträge gerade in Hinblick auf die Wiedervereinigung dringend gewarnt, die Warnungen seien in den Wind geschlagen worden. Fazit: "Die Bundesregierung erntet nur die Früchte ihrer eigenen Politik." Das Thema wird breit ausgeführt. Dabei spielt auch die allgemeine Abrüstungspolitik und die westdeutsche Aufrüstungspolitik und der Widerspruch zwischen beiden eine Rolle. Der Hinweis der Bundesregierung auf die Kontrollmöglichkeit gegenüber der westdeutschen Aufrüstung durch die Pariser Verträge selbst wird "akklamatorisch" genannt, da diese Bestimmungen von den Verbündeten der Bundesregierung in der militärischen Koalition aufgestellt wurden, die sie jederzeit nach eigenen Gutdünken abändern könnten.

Der zweite wichtige Teil der Note dient dem erklärten Zweck, die DDR ins Spiel zu bringen und die Theorie von den zwei deutschen Staaten zu untermauern. Auch in diesem Punkt ist im Grundsatz keine Änderung des bekannten Moskauer Standpunktes zu erkennen. Sie war um so weniger zu erwarten, als die Vorgänge in Polen und Ungarn Moskau dazu zwingen, die Getreuen in Pankow, und etwa auch in Prag, mit allen Mitteln zu stützen. Was an offiziellen Gründen für diese Haltung angeführt wird, ist gewiss nicht überzeugend. Durchgehend wird z.B. die sogenannte DDR mit der von Moskau eingesetzten und durch keinerlei Zustimmungsbeschluss der Bevölkerung sanktionierten Ulbricht-Regime gleichgesetzt, wobei gerade die Ereignisse im übrigen Satellitenbereich eine treffliche Illustration über den Wert solcher Gleichsetzungen von Regime und Bevölkerung in den sogenannten Volksdemokratien liefern.

Wenn man aber von der Annahme ausgeht, dass auch diese russische

Note nur ein Stück des Prozesses um die Wiedervereinigung Deutschlands ist, so erscheinen auch die Postulate zur Position der Zone in einem anderen Licht. Letzte Klarheit auch darüber könnten nur gründliche Gespräche zwischen Bonn und Moskau schaffen, wie sie die Note selbst am Schluss anregt. Dabei werden Verhandlungen über wirtschaftliche und kulturelle Fragen und über bessere Beziehungen im allgemeinen nur das Vorfeld für das Hauptthema bereinigen können. Ob man bis zum Kongress am vor den nächsten Bundestagswahlen wird vorstossen können, ist sehr fraglich.

Die Note enthält aber auch einige Bemerkungen, die als Anknüpfungspunkte für Versuche einer vernünftigen Lösung aufgefasst werden könnten:

dass die von der Bundesregierung erwähnten Vorschläge zur Schaffung einer entmilitarisierten Zone in Europa "unter Umständen von Interesse sein könnten";

dass um Aufklärung darüber gebeten wird, ob die Bundesregierung bereit sei, mit interessierten Ländern, die nicht Mitglieder von NATO oder WEU sind, Abkommen über einen Verzicht auf Gewaltanwendung abzuschliessen;

dass nach der Lösung der Frage der deutschen Einheit Deutschland eigene Streitkräfte zugestanden werden müssten, wie sie jeder souveräne Staat als Instrument der Selbstverteidigung beansprucht;

ja selbst die Bemerkung der russischen Note, dass "im augenblicklichen Zeitpunkt" die Bedingungen für die Durchführung gesamtdeutscher freier Wahlen nicht vorhanden sind, braucht nicht absolut entmutigend zu sein, wenn man den Akzent auf die Zeitbestimmung legt, und darauf, dass die Note selbst Entscheidendes für die Zukunft von einem besseren Verhältnis zwischen Bonn und Moskau erhofft.

Wahrscheinlich wird für die Entwicklung dieses besseren Verhältnisses viel auch davon abhängen, wie sich die Bundesregierung zu der Frage der Aufrüstung verhält. Das wäre auch im Hinblick auf die veränderte Situation in den Staaten wichtig, die nicht mehr Satelliten Moskaus sein wollen. Dort wird man gewiss nicht die Befreiung von russischen Joch gegen eine sicher nicht vorhandene, aber in jenen Staaten immer noch vielfach vermutete Bedrohung durch ein hochbewaffnetes und mit Atomwaffen versehenes Deutschland eintauschen wollen. Denn die Furcht vor einer "deutschen Vergeltung" ist, so unsinnig sie sein mag, in der Vorstellung vieler Polen und Tschechen durchaus noch nicht erloschen, sie muss also in das politische Kalkül mit einbezogen werden.

Verhindert muss werden, dass um die deutsche Frage ein neuer unfruchtbarer Notenkrieg, wie er die Jahre 1952 - 1954 kennzeichnete, entbrennt. Notwendig ist dagegen, dass an seine Stelle ein direkter Gedankenaustausch vor allem zwischen der Bundesrepublik und der Sowjetunion tritt. Das ist vorzuringeln. Dabei braucht und soll nichts geschehen, wovon der Westen ununterrichtet bleibt.

Pariser Ergebnis: derber Missklang

1.0. Paris

Anfang November soll Bundeskanzler Adenauer auf Einladung der Regierung Guy Mollet einen Besuch in Paris abstaten. Bei dieser Gelegenheit wird er mit dem französischen Regierungschef auch darüber beraten, wie das Porzellan wieder geleiht werden kann, das am 20. und 21. Oktober in Paris auf der Konferenz der Montan-Union-Minister zerschlagen wurde. An dieser Konferenz hatte für die Bundesrepublik ausser dem Bundesausserminister v. Brentano auch Wirtschaftsminister Professor Erhard teilgenommen, und es ist Professor Erhard, dem nachgesagt wird, er habe jene Konferenz zum Scheitern gebracht.

Es ging um das, was den Bundeskanzler angeblich so am Herzen liegt, nämlich um Europa. Genauer, es ging um die europäische Atomgemeinschaft, genannt Euratom, und um den "Gemeinsamen europäischen Markt". Die deutsche Delegation war in einer Stärke von drei Ministern - denn auch Wehrminister Strauss war mitgereist - und 37 helfenden Kräften angetreten, und sie hatte bereits zuvor die Bedingung gestellt, dass beide Themen, Euratom und Gemeinsamer Markt, als eines behandelt werden. Da man sich über den Gemeinsamen Markt nicht einigen konnte, wurde über Euratom kaum noch gesprochen. Und man konnte sich nicht einigen, weil nach Darlegungen Prof. Erhard's alle Fragen des Arbeitsrechtes nicht durch zwischenstaatliche Abmachungen geregelt werden dürfen, sondern Sache von Verhandlungen zwischen den Sozialpartnern seien.

Solche Fragen - also z.B. Angleichung der Grundlöhne, Bestimmung des Begriffs der Überstunden, Soziallasten - waren es denn auch, die zu der Feststellung geführt haben sollen, die deutsche Wirtschaft verträge eine Erhöhung der Löhne nicht, und sei es auch nur um vier Prozent in vier Jahren, und es waren wiederum, wenn man französischen Darstellungen folgen will, solche Hinweise, die den Eindruck erweckten, der deutsche Gesprächspartner sei an einer Überwindung der Schwierigkeiten nicht interessiert. Hatte es schon "verdächtig" gewirkt, dass die deutsche Delegation als einzige den Wirtschaftsminister mitgebracht hatte, so war dessen ablehnende Haltung für zahlreiche Delegierte lediglich der Ausdruck seiner Absicht, alles abzulehnen, was nach "Dirigismus" riechen könnte.

Auf deutscher Seite hiess es nach dem Ende der unglückseligen

Konferenz, man müsse einen neuen Anfang finden und von vornherein der Gedanken an einen "Perfektionismus" aufgeben. Darunter kann man sich vieles und nichts vorstellen. Vermutlich aber wird der Bundeskanzler bei seinem Besuch in Paris dem Ministerpräsidenten Mollet vorschlagen, man möge doch erst einmal überhaupt irgendeinen Anfang finden und sich an jene Abmachungen halten, die vor einigen Monaten von denselben Ministern bei ihrem Treffen in Messina geschlossen wurden. Denals allerdings ging es noch nicht um harte, greifbare Dinge, sondern nur um das, was man gern mit dem Ausdruck "Willensäußerung" bezeichnet - und solche Äußerungen sind nun einmal billiger als erhöhte Löhne oder andere Mehrausgaben. Andererseits war aber auch in Messina ganz deutlich geworden, dass angesichts der sehr unterschiedlichen Wirtschaftsgebilde, die die sechs Staaten der Montanunion darstellen, eine Vereinheitlichung nicht ohne "Dirigismus" erreicht werden kann. Um es auf eine bewusst allzu simpel klingende Formel zu bringen: Wenn jedes Vereinsmitglied sagt, es müsse handeln können, wie es wolle, so hört der Verein zu existieren auf, bevor er noch begonnen hat, zu bestehen.

Das Erschreckende an der Konferenz, die mit so derben Missklang endete, war die Tatsache, dass es an Kompromissvorschlägen keinesfalls mangelte. Keine der Kompromissformeln aber konnte schliesslich das Überwinden, was böse Zungen als den Wirtschafts-Egoismus bezeichneten, und keine konnte die deutschen Einsprüche aus der Welt schaffen. Sie waren von Beginn an vorhanden, und sie blieben lebendig bis zur letzten Minute. Wenn die Frage der Sozillasten zur Debatte stand, so war, um einen der Teilnehmer zu zitieren, die deutsche Antwort sinngemäss etwa die, dass man darüber nicht diskutieren könne, da es sich dabei um eine interne Frage handle - und nun wird Dr. Adenauer wohl gefragt werden, wie seine Regierung sich einen gemeinsamen, von Zollschranken befreiten Markt vorstellt, solange solche "internen Fragen" nicht gleichartig beantwortet werden. Ohne Harmonisierung der Vorbedingungen, und zwar besonders der sozialen, dürfte alles Reden über einen gemeinsamen Markt Theorie bleiben. Daran wird auch das Gespräch zwischen Adenauer und Mollet nichts ändern. "Der Bundeskanzler", sagte ein Delegierter, "hat Ideen; der Wirtschaftsminister aber hat den Goldschrankschlüssel der deutschen Industrie in der Tasche."

Gilt das Grundgesetz für alle?

U.D. In seinen Art. 21 verlangt das Grundgesetz von den Parteien, dass ihre innere Ordnung demokratischen Grundsätzen entsprechen muss und dass sie über die Herkunft ihrer Geldmittel öffentlich Rechenschaft zu geben haben. Sieben Jahre ist diese Bestimmung mittlerweile in Kraft, das Ausführungsgesetz dazu aber lässt immer noch auf sich warten. Im Frühjahr d.J. setzte der Bundesinnenminister eine unabhängige Kommission ein, die ein Gutachten über die Probleme dieses Gesetzes ausarbeiten soll. Ohne dieser Kommission namhafter Wissenschaftler zu nahe zu treten - ihr gehörten auch prominente Sozialdemokraten an -, wird man doch feststellen dürfen, dass das voraussichtliche Ergebnis ihrer Arbeit keine unmittelbar politischen Konsequenzen haben kann. Wie schon beim Wahlgesetz (auch hier war vorher eine Professorenkommission am Werk) werden die Wissenschaftler gewiss eine Fülle von wertvollem Material zusammenstellen, die politische Entscheidung aber dem Gesetzgeber nicht abnehmen können.

Um eine politische Entscheidung allerersten Ranges jedoch handelt es sich hier. Im Interesse der Wähler muss gefragt werden, ob nun auch ein drittes Mal grosse Parteien in die Wahlkampfarena treten sollen, für die die Bestimmungen des Grundgesetzes anscheinend Inkultatur sind. Denn wenn sich Bundesregierung und Bundestag wahrheit schon nicht zu einem Parteiengesetz aufraffen konnten, es hätte diesen Parteien niemand verwehrt, auch ohne Ausführungsgesetz des Art. 21 anzuwenden und Kassenberichte zu veröffentlichen. Die SPD schliesslich tut das seit eh und je und ihren gedruckten Kassenbericht kann jedermann erwerben, er ist veröffentlicht im Jahrbuch der SPD und kostet 3 Mark.

Die Bundestagsfraktion der SPD hat jetzt beschlossen, im Rahmen ihres Gesetzgebungsprogramms für 1956/57 ein Initiativgesetz zum Art. 21 GG vorzulegen. Von besonderem Interesse wird dabei natürlich die Frage der Parteienfinanzierung sein. Hier bedarf es unzweideutiger und gebieterischer Formulierungen in Gesetz, damit nicht nachher in Kassenbericht bestimmter Parteien undeutlich deklarierte Einnahmeposten von mehreren Millionen Mark zu finden sind, die guschaliert als "Mitgliedsbeiträge und Spenden" ausgewiesen sind. Damit wäre der Forderung des Grundgesetzes nicht entsprochen. Auch ist zu prüfen, wie weit Kassenberichte auch von den Gebietsverbänden der grossen Parteien zu fordern sind. Die im Bundestag vertretenen Parteien wird man aber in jedem Falle zur Rechen-

schaft über die Finanzen der Gesamtorganisationen veranlassen können.

Gebührende Beachtung wird den "Förderergesellschaften" zu schenken sein. Gewiss kann man es in unserer freiheitlichen Rechtsordnung weder Einzelpersonen noch Personenvereinigungen verbieten, Geld an politische Parteien zu geben. Dieses Recht wird überhaupt nicht bestritten. Klar ist aber, dass es nicht weiter wie bisher unter dem Schutz der Anonymität und des Steuergeheimnisses geben darf. Ein Wirtschaftsvorstand, der Geld an eine Partei gibt, möge das vor aller Öffentlichkeit bekommen. Vor allem aber auch vor seinen eigenen Mitgliedern, denn auf die Dauer ist es unerträglich, dass z.B. sozialdemokratische Gewerbetreibende auf dem Umweg über ihre Beiträge zu Organisationen der Wirtschaft die Wahlpropaganda der CDU bezahlen. Der Wähler schliesslich muss wissen, wessen Interessen er dient und was er demnach für eine Politik zu erwarten hat, wenn er einer solcherart ausgehaltenen Partei seine Stimme gibt!

Die SPD wird in diesem Zusammenhang erneut den Komplex der Steuerabzugsfähigkeit politischer Spenden aufrollen. Keineswegs schafft diese Bestimmung gleiches Recht für alle. Für den Arbeitnehmer wird der Mitgliedsbeitrag zu einer Partei auf die 624-DM-Jahrespause für Sonderausgaben angerechnet, man kann sich rascher ausrechnen, dass das normale Parteimitglied aller Parteien mit seinem Monatsbeitrag zwischen 1 und 5 Mark hiervon keinen Vorteil hat. Richtig interessant wird der § 10 b des Einkommensteuergesetzes nämlich erst für den, bei dem es um vier- und mehrstellige Beiträge geht.

Vielleicht am wenigsten Schwierigkeiten wird die Frage bereiten, welche Instanzen mit der Prüfung der Kassenberichte zu betrauen sind. Es bieten sich ohne weiteres die Institutionen der Bundes- und Landesrechnungshöfe an, die über die nötige Unabhängigkeit von den politischen Gewalten wie auch zureichende Sachkenntnisse verfügen. Guten Willen bei allen Fraktionen vorausgesetzt, könnten wir also schon in nächsten Jahr die Finanzberichte der grossen Parteien so in den Zeitungen lesen, wie wir es jetzt bei den Aktiengesellschaften tun. Wenn nicht, darf man zumindest auf die fadenscheiniger Gründe gespannt sein, mit denen die gegenwärtigen Mehrheitsparteien für ihren Teil die Anwendung einer Bestimmung des Grundgesetzes verweigern.

Unnötige Schwierigkeiten

W.P. Es erscheint politisch naiv, jetzt Erstaunen darüber zu äussern, dass die ehemaligen Funktionäre und Mitglieder der am 17. August verbotenen KPD nach anderen Mitteln und Wegen zu politischer Betätigung suchen. Denn das war doch wirklich zu erwarten; die wesentlichen Gründe der Gegner gegen die Fehlentscheidung der Bundesregierung, den Verbotantrag beim Bundesverfassungsgericht zu stellen, waren gerade die zu erwartende Freisetzung der Kontrolle, die grössere Unübersichtlichkeit des politischen Lebens und die entsprechende Unklarheit auf rechtlichen Gebiet. Die Bundesregierung hatte sich jedoch allen Gründen einseitig verschlossen.

Während schon die Frage der rechtlichen Möglichkeiten der Aberkennung der kommunistischen Mandate in den Länder- und Gemeindeparlamenten Kopierbrechen bereitete - im Urteil des Bundesverfassungsgerichts ist eine Entscheidung darüber nicht zu finden -, müssen nun die fünf Länder, in denen jetzt Gemeindevahlen stattfinden, sich mit den kommunistischen Wahlvorschlägen befassen. Die Kommunisten haben es offensichtlich darauf angelegt, über "freie" oder "unabhängige" Listen an der Wahl teilzunehmen, wobei selbst prominente Mitglieder des ehemaligen Parteivorstandes in aller Öffentlichkeit in Erscheinung treten. Da sie mit dem KPD-Urteil ihr staatsbürgerlichen Rechte nicht verloren haben, können sie an Wahlen selbstverständlich teilnehmen. Die Frage ist nur, ob "freie Wählerlisten", die teilweise oder ganz ausserhalb von Kommunisten enthalten, als "Ersatzorganisationen" der KPD - deren Bildung nach dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts verboten ist - anzusehen sind. Da eine eindeutige Begriffsbestimmung, was unter Ersatzorganisation zu verstehen ist, fehlt, konnte sich mangels rechtlicher Klarheit keine Landesregierung dazu verschliessen, freie Wählerlisten, auf denen Namen von Kommunisten stehen, zu verbieten.

Die Last der Verantwortung liegt demgemäss bei den Gemeindevwahlausschüssen, die zwangsläufig die Frage der Zulassung nicht im juristischen sondern im politischen Sinne entschieden. Mit wenigen Ausnahmen haben sie die Wahlvorschläge kommunistischer Bewerber zugelassen. Angesichts der Rechtslage ist die resignierende Bemerkung des Oberbürgermeisters kennzeichnend für die Sorgen, die in den Wahlausschüssen durch die Verbotsentscheidung erwachsen sind. Er sagte: "Wenn das Bundesverfassungsgericht vier Jahre brauchte, um festzustellen, ob die KPD verfassungsgemäss ist, dann können wir nicht in vier Tagen feststellen, ob es sich hier um eine Ersatzorganisation handelt."

Das Vorgehen der Kommunisten bei der Aufstellung der Wahlvorschläge bedeutet zweifellos eine Provokation. Nicht nur ehemalige prominente Kommunisten erscheinen auf den Wählerlisten, manche Listen bestehen ausschliesslich aus früheren KPD-Mitgliedern. Die Kommunisten haben die rechtliche Situation zeitig erfusst und entsprechende Konsequenzen daraus gezogen. Aber mit ähnlichen Gelegenheiten werden wir auch in Zukunft noch zu rechnen haben. Das ist eben die Folge des politischen unklugen Verbots, das die Bundesregierung herbeiführte. Wie wenig die Zeit und der Aufwand hierfür lohnen, wird erst recht klar, wenn man sich daran erinnert, dass es den Kommunisten bei früheren Wahlen nicht einmal gelungen ist, auch nur fünf Prozent der Stimmen zu erhalten.

* * *

Verantwortlich: Peter Raukau